

Terminologie. Wie soll ich mich dann wundern, daß eine Frau, wie die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelen-Kefer (s. Weißbuch der GBM 1992, Seite 63) wie auch Berliner Richter am Sozialgericht in der Behandlung von Witwen und Waisen von Mitarbeitern des MfS (Lt. AAÜG, 10, Abs. 2 ) keine Sippenhaftung zu erkennen vermögen.

Nun sind nicht alle Andersdenkenden wie Pfarrer Eppelmann. Die verschiedenen Denkungsarten sind ja seit der Wende in der DDR öffentlich gemacht worden. Aber welche war und wurde tragfähig, um eine bessere DDR zu gestalten? Also war doch sowohl das Konzept der SED als auch das aller Andersdenkenden unbrauchbar für eine bessere DDR. Und wer hat heute ein brauchbares Konzept für eine deutsche Gesellschaft in dieser BRD, das nicht mit dem Schlagwort von der "nunmehr größeren Verantwortung" der Menschheit beibringen will, "am deutschen Wesen soll die Welt genesen"? Solange die Höhe der Diäten das Andersdenken bestimmt und beeinflußt, wird es schwerlich zum Andersdenken, vielmehr zur Gier nach Geld und Profit kommen.

Übrigens ist vorgenanntes Weißbuch eine umfangreiche, aber noch unvollkommene Anklageschrift gegen die Ko(h)lonialisierungspolitik. Zugleich belegt es, daß der "Graue Plan" oder die "Grauen Pläne" eine damals aktualisierte Nachschrift von Görings "Grüne Mappe" sind. (Der "Wirtschaftsstab-Ost" hatte mit der "Grünen Mappe" die "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten vom 16. Juni 1941" ausgearbeitet).

Ich erspare mir an dieser Stelle umfangreiche Gegenüberstellungen aus der "Grünen Mappe" Görings und aus dem "Grauen Plan" und aus der heutigen Realität. Nur folgendes Zitat aus dem Gründungsprotokoll des "Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen", der für die "Grauen Pläne" zur Liquidierung der DDR verantwortlich zeichnet, sei hier genannt, um es mit der realen Lage in den neuen Bundesländern zu vergleichen: "Es wird noch dahin kommen, daß in der Sowjetzone bis zu 90% aller im Staatsapparat tätigen Personen in den ersten Wochen ausgewechselt werden müssen. Schon jetzt ist eine listenmäßige Erfassung aller Menschen notwendig, die für die Übernahme von Ämtern in Frage kommen".

Wen wundert es da, daß sich auf solchem geistigen Boden der neue faschistische Ungeist breitmacht? Auch in diesem Zusammenhang wird ersichtlich, warum der Antifaschismus der DDR als "staatlich verordnet" diskriminiert werden soll. Hätte es den gleichen Antifaschismus in der BRD gegeben, würde man nicht die Ehrenpensionen der Antifa-Kämpfer gekürzt haben.